Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

184 (9.8.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 184 — Dienstag, den 9. August 1932 — 104. Jahrgang


## Kurze Tagesübersicht

**Reichskanzler von Papen ist am Sonntag nacht nach Berlin aus seinem saarländischen Aufenthalt zurückgekehrt. Reichspräsident Hindenburg wird am Mittwoch dort erwartet. Ebenso Reichswehrminister von Schleicher.**

*

**Reichskanzler von Papen hat die Reichsminister auf Dienstag vormittag nach Berlin geladen. Er kündigt brutalste Anwendung aller Machtmittel des Staates gegen die Terrorakte an.**

*

**Dr. Bracht hat an die Behörden einen Erlaß gerichtet. In diesem heißt es, der parteipolitisch sich betätigende Beamte dürfe nie vergessen, daß der Beamte Diener der Gesamtheit, nicht einer politischen Partei sei. Dr. Bracht fordert Mäßigung und Zurückhaltung.**

*

**Ein Berliner Montagsblatt berichtet von dem bevorstehenden Rücktritt des Prälaten Kaas von der Leitung der Zentrumspartei. Als künftiger Parteileiter wird Reichskanzler a. D. Brüning genannt.**

*

**In Königsberg ist bei der Erörterung von Maßnahmen zur Bekämpfung weiterer Ausschreitungen insbesondere ein schärferes Einschreiten gegen unbefugte Waffenführung beschlossen worden.**

*

**Einem amtlichen Bericht über die wegen der Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein erfolgten Verhaftungen zufolge sind sieben Nationalsozialisten, die überwiegend der SS. angehören, in den Orten Rendsburg, Melldorf, Wesselburen und Elmshorn verhaftet worden.**

*

**Das Reichsgericht verurteilte neun Kommunisten wegen der Waffendiebstähle in Dunkershof zu Gefängnis von zwei Jahren bis sechs Monaten.**

## Rückkehr des Reichskanzlers

**Berlin,** 8. Aug. Reichskanzler von Papen ist gegen Mitternacht in Berlin eingetroffen und hat am Montag die Amtsgeschäfte wieder übernommen.

**Reichspräsident von Hindenburg,** der noch in Neudeck weilt, kehrt übermorgen nach Berlin zurück. Man rechnet damit, daß er dann sofort den **Reichskanzler** und nach einer gegenseitigen Vereinbarung **Hitler** empfangen wird. Damit würde dann der politische Burgfriede, der bis zum Mittwoch läuft, wieder abklingen und das politische Getriebe kann dann, sofern die Reichsregierung nicht neue Maßnahmen ergreift, ungehindert seinen Anfang nehmen. Auch der Reichswehrminister **von Schleicher,** der zur Zeit an den Flottenübungen in der Ostsee teilnimmt, kehrt am Mittwoch nach Berlin zurück, so daß dann das Reichskabinett wieder vollzählig versammelt ist und zu den entscheidenden Fragen Stellung nehmen kann.

*

### Vor der Veröffentlichung der Notverordnung

**Berlin,** 8. Aug. Reichskanzler von Papen hat sich nach seinem Eintreffen in Berlin sogleich über die Terrorakte unterrichten lassen, die sich während seines Urlaubs ereignet haben. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Notverordnung gegen politische Ausschreitungen spätestens am Dienstag erscheinen wird, die das Kabinett grundsätzlich bereits in der vorigen Woche beschlossen hat.

Für Dienstag oder spätestens Mittwoch erwartet man in politischen Kreisen den Beginn der Besprechungen über die Klärung der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie sich aus den Reichstagswahlen ergeben haben. Diese Besprechungen sind offenbar bereits eingeleitet und zwar vor allem durch eine Führungnahme zwischen Adolf Hitler und dem Reichswehrminister von Schleicher. In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, wird grundsätzlich der Standpunkt vertreten, daß die Notwendigkeit eines betonten Präsidialkabinetts durch den Wahlausfall bestätigt worden ist, daß aber auf der anderen Seite eine Beteiligung von Vertretern der Partei geboten erscheint, die aus den Wahlen als die stärkste hervorgegangen ist.

Besonders interessiert man sich in diesem Zusammenhang in politischen Kreisen natürlich auch für die Haltung, die das Zentrum einnehmen wird. Vorläufig ist die Haltung der Zentrumspartei aber weiter abwartend. Das einzige, was nach außen sichtbar geschehen ist, ist die Aufstellung der Kölner Richtlinien. Die maßgebenden Männer des Zentrums sind noch nicht in Berlin. Der Parteiführer Prälat Kaas weilt in Norditalien und Dr. Brüning ist ebenfalls auf Urlaub. In einem Berliner Montagsblatt wird angekündigt, **daß Prälat Kaas noch in diesem Monat von der Parteileitung zurücktreten und daß dann der Parteiausschuß Dr. Brüning zum Parteiführer wählen werde.** Richtig ist daran, daß Prälat Kaas in der Tat leidend ist und daß man in unterrichteten Kreisen deshalb schon seit einiger Zeit mit der Uebernahme seines Amtes durch Dr. Brüning rechnet. Diesen Wechsel kann aber nicht der Parteiausschuß vornehmen, sondern nur der Parteitag selbst. Bisher ist über eine Einberufung desselben noch nichts bekannt.

## Allerschärfste Maßnahmen angekündigt

**Berlin, 8. Aug. Reichskanzler von Papen hat sich sofort nach seiner Rückkehr von den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des preußischen Staatsministeriums Vortrag über die in den letzten Tagen vorgekommenen Terrorakte halten lassen. Er hat daraufhin sämtliche Reichsminister auf heute Dienstag vormittag zu einer Besprechung nach Berlin aufgefordert. Der Reichskanzler ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gemacht werden muß.**

## Parteipolitische Betätigung der Beamten

### Ein Erlaß Dr. Brachts

**Berlin,** 8. Aug. Ueber die parteipolitische Betätigung der Beamten hat der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, an die **Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung** folgenden Erlaß gerichtet mit der Anweisung, ihn allen Beamten umgehend zur Kenntnis zu bringen:

„Während des letzten Reichstagswahlkampfes haben sich in einer Reihe von Fällen Beamte an der Wahlagitation der verschiedenen politischen Parteien — teilweise innerhalb ihres Amtsbezirks und unter einem gewissen Einsatz ihrer amtlichen Stellung oder ihres amtlichen Einflusses — führend beteiligt. **Der Beamte, der sich parteipolitisch betätigt, darf hierbei nie vergessen, daß der Beamte nach der Reichsverfassung in seinem Berufe Diener der Gesamtheit, nicht einer politischen Partei ist.** Aus diesem hohen Beruf des Beamten ergeben sich für seine private parteipolitische Betätigung zum mindesten in der Form des Auftretens Grenzen, die gerade in von Parteileidenschaft durchwühlter Zeit nicht überschritten werden dürfen. Die Erhaltung des Glaubens an eine unparteiische und gerechte Staatsverwaltung im Volke ist ein besonders wichtiges Element zur Festigung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Selbst wenn auch nur der Schein politischer Einseitigkeit der Staatsbeamten infolge einer diese Grenzen überschreitenden parteipolitischen Betätigung des Einzelnen das Vertrauen in die Sachlichkeit und Unparteilichkeit der Staatsverwaltung trüben würde, so müßte — zumal in Zeiten wie den gegenwärtigen — der Staat, aber auch die Idee des Berufsbeamtentums, schweren Schaden leiden. Ich werde nicht dulden, daß durch die Art der parteipolitischen Betätigung von Beamten der Staatsgedanke zu Schaden kommt.

Zwar will ich gewissen mir mitgeteilten Einzelfällen über die Art parteipolitischer Betätigung von Beamten anläßlich der letzten Reichstagswahl nicht weiter nachgehen. **Ich muß jedoch angesichts der Notlage des Vaterlandes und der bestehenden parteipolitischen Zerrissenheit mit allem Nachdruck und Ernst an das Beamtentum die Forderung richten, bei künftiger Teilnahme an parteipolitischen Auseinandersetzungen diejenige besondere Mäßigung und Zurückhaltung zu üben, die sich für sie aus ihrer Eigenschaft als Diener am Volksganzen und bedeutsame Organe der Staatsgewalt ergibt.**

Zu dem Erlaß wird von zuständiger Seite erklärt, daß dieser Erlaß vor allem erfolgt ist im Zusammenhang mit verschiedenen Vorgängen im Laufe der Reichstagswahl. Hingegen besteht kein ursächlicher Zusammenhang mit den kürzlich gemeldeten Vorfällen bei einem Kameradschaftsabend der Nationalsozialisten, an dem Schutzpolizeioffiziere und -Beamte in Uniform teilgenommen hatten. Die Beteiligung von Polizeibeamten in Uniform an parteipolitischen Veranstaltungen ist seit langem verboten.

## Der Arbeitsmarkt

### Die Entwicklung des Arbeitsmarkts im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland

**vom 16. bis 30. Juli 1932**

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitssuchenden betrug am 30. Juli 293,022 Personen; 118 444 davon entfielen auf die Arbeitsamtsbezirke in Württemberg und Hohenzollern und 174 578 auf die badischen Bezirke. Von den Arbeitssuchenden waren 277 878 als arbeitslos zu betrachten und zwar 109 682 in Württemberg und 168 196 in Baden. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist um 11 846 Personen gesunken und in der Krisenfürsorge um 10 185. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts kamen am 30. Juli 1932 auf 1000 Einwohner 23,2 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge.

## Königsberg greift durch

**Königsberg,** 8. Aug. Der kommissarische Polizeipräsident teilt folgendes mit: Anläßlich des Besuches des von dem Reichskommissar nach Königsberg entsandten besonderen Beauftragten hatte der erste Vertreter des Oberpräsidenten den Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten zu einer Besprechung eingeladen. Bei der Erörterung von **Maßnahmen zur Bekämpfung weiterer Ausschreitungen** wurde insbesondere ein noch **schärferes Einschreiten gegen unbefugtes Waffenführen** beschlossen. Es wurden auch die Handhaben besprochen und vorbereitet, die von der angekündigten Notverordnung der Reichsregierung zur Bekämpfung des politischen Rowdytums und besonders der Sprengstoffverbrechen erwartet werden. Die friedliebende Bevölkerung kann zu den Behörden das Vertrauen haben, daß sie nicht nur entschlossen sind, alle staatlichen Machtmittel zu ihrem Schutze einzusetzen, sondern auch, daß diese Machtmittel in jeder Hinsicht ausreichend und wirksam sind. **Sie werden schonungslos gegen gesetzesverbrecherische Elemente eingesetzt werden.**

*

### Aufklärung des letzten Braunschweiger Anschlages

**Braunschweig,** 8. Aug. Zum letzten Sprengstoffanschlag wird mitgeteilt: Zwei der Festgenommenen haben ein umfassendes **Geständnis** abgelegt. Bei beiden Tätern handelt es sich um **Mitglieder der NSDAP.** Der eine hält sich seit einigen Monaten in der Stadt auf, der andere erst einige Tage. Nach dem Geständnis des Haupttäters entspricht die Tat seiner eigenen Entschließung. Er will zu ihr von niemandem angestiftet worden sein.

*

### Verhaftungen in Schleswig-Holstein

**Altona,** 8. Aug. Ueber die Verhaftungen wegen der Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein wird ein amtlicher Bericht herausgegeben, in dem es heißt: Die Ermittlungen haben bisher zu **sieben Festnahmen** geführt, und zwar in Rendsburg, Meldorf, Wesselburen und Elmshorn. Die Festgenommenen sind **Nationalsozialisten** und gehören überwiegend der SS. an.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen steht zweifellos ein Anschlag auf die Wohnung des Landjägers in Erfde bei Norderstapel. Dort wurden in der Nacht vom 1. August mehrere Schüsse von außen durch die Fenster abgegeben, wobei die allein im Hause anwesende Frau des Landjägers in Lebensgefahr geriet. Auch dort sind zwei Nationalsozialisten als Täter festgenommen worden, von denen der eine der SS., der andere der SA. angehören will.

*

### Anschläge auf Kommunisten in Marienburg.

T.U. **Marienburg,** 8. Aug. In der Nacht zum Montag wurde in das Schlafzimmer des Arbeiters Klein ein Stein geworfen. Kurz darauf schossen unbekannte Täter sechsmal auf die von dem Arbeiter Kwiterski bewohnte Nachbarwohnung. Beide Betroffenen sind Kommunisten. Auch auf die Wohnung des Zimmermeisters Nahlez ist ein Schuß abgegeben worden, ohne daß einer der Wohnungsinhaber verletzt wurde. Die Täter flüchteten zur Nogat und schwammen zur Freistadt Danzig hinüber. Es gelang der Polizei, die Täter in Kalthof zu verhaften. Bei ihnen wurden drei Pistolen gefunden. Man nimmt an, daß der letzte Anschlag nicht Nahlez, sondern dem Kommunistenführer Neubauer gegolten hat.

### Waffenfund in einem kommunistischen Verkehrslokal.

T.U. **Berlin,** 8. Aug. Am Montag um 23 Uhr wurden im Norden und Osten Berlins drei kommunistische Verkehrslokale polizeilich durchsucht. In einem in der Swinemünder Straße gelegenen Lokal wurden zwei Pistolen beschlagnahmt. 24 Gäste und der Inhaber wurden festgenommen und auf das Polizeipräsidium gebracht.

## Verschärfte Schutzbestimmungen für Kollektiveigentum in der Sowjetunion

**Moskau,** 8. Aug. Zum Zweck der Verschärfung des Schutzes der Eisenbahn- und Schiffstransporte sowie des Eigentums der Kollektivwirtschaften und Konsumgenossenschaften veröffentlicht die Sowjetregierung einen Beschluß, der diese Güter dem Staatseigentum gleichstellt, für dessen Entwendung Strafen von nicht unter zehn Jahren Gefängnis vorgesehen sind, in schweren Fällen sogar die Todesstrafe. Fünf bis zehn Jahre Gefängnis werden über „kulakische und kapitalistische Elemente" verhängt werden, die durch Drohungen oder Gewalt die Bauern zum Austritt aus den Kollektivwirtschaften bewegen wollen. Begründet wird dieser Beschluß der Sowjetregierung mit einem Hinweis auf die sich mehrenden Klagen der Kollektivmitglieder über die Entwendung von Gütern der Kollektivwirtschaften und Genossenschaften durch „gesellschaftsfeindliche Elemente"

## Professor Piccard startbereit

T.U. **Zürich,** 8. Aug. Professor Piccard ist nunmehr zu seinem Stratosphärenflug startbereit. Der Aufstieg kann aber wegen der ungünstigen Wetterlage nicht vor Donnerstag früh erfolgen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

# Wie sie uns sehen

Aus Paris wird geschrieben:

Dreimal innerpolitische Alarmstufe innerhalb eines halben Jahres ermüdet — auch den Zuschauer. Man wird deshalb beim besten Willen nicht behaupten können, daß das französische Interesse an den Reichstagswahlen übertrieben groß war. Seitdem die französische Oeffentlichkeit dazu gebracht worden ist, innerdeutsches Geschehen nur mehr vom Zuschauerparkett aus zu betrachten, ist man hier bedeutend zurückhaltender geworden. Früher war es anders, als man hier noch der Ansicht war, ein in Versailles entmündigtes Volk müsse unter allen Umständen durch den ersten europäischen Staat auch innenpolitisch kontrolliert oder erzogen werden.

Nun aber ist der Franzose nur mehr Zuschauer. Erstaunt, schmunzelnd bis zur gesunden Schadenfreude, drohend oder auch ängstlich, je nachdem man die Vorgänge im Reich auslegt, oder welchem politischen Glaubensbekenntnis man im eigenen Lande angehört. Was die deutschen Wahlen betrifft, so hielt man sich jedenfalls von dem innerpolitischen Feuerwerk in achtbarer Entfernung. Einmal, um nicht in die Schußlinie zu kommen, und zweitens auch aus dem Grunde, weil man die Wucht und Gewalt der deutschen Entwicklung nicht mehr überblickt und nicht mehr versteht. Frankreich, das sehr oft überzeugt war, Deutschland viel besser zu kennen als es umgekehrt der Fall ist, verliert diese Sicherheit gegenüber einem Deutschland, das sich in immer rascherem Tempo aus dem in Versailles „stabilisierten" Europa löst. Der Mann, der auf der Kaffeehausterasse in Paris zum Aperitif die ganze europäische Politik zu schlürfen gewöhnt ist, und der in den deutschen Verhältnissen so zu Hause zu sein glaubt, wie in den eigenen Geschäften, hat die Uebersicht verloren. Das was sich jetzt „outre-Rhin", jenseits des Rheins, abspielt, ist ihm fremd und unverständlich, das geht ihm zu rasch und das läßt sich auch beim besten Willen nicht mehr in das so außerordentlich dehnbare Vokabularium von Versailles einreihen.

Selbst die große französische Presse scheint den Anschluß verloren zu haben. Obwohl die bekanntesten französischen Journalisten, Schriftsteller und Politiker fast bis zum letzten Mann ausgerückt waren, um an Ort und Stelle in Deutschland Reportage zu betreiben. Obwohl diese Herren überallhin fuhren, von Berlin nach München und von München nach Königsberg, so ist es doch geradezu erstaunlich, wie gering und oberflächlich das Verständnis ist, das die französische Presse dem Deutschland von heute abringt. So hat der weitaus überwiegende Teil der französischen Blätter sich einfach damit begnügt, amerikanische Berichterstattung zu treiben, d. h. sich auf Sensationen zu beschränken. Straßenkämpfe, Tote, Polizeiaufgebot, Reichswehr in den Straßen, das war so ziemlich alles, womit man die französischen Zeitungen füllte. Ein Kapitel für sich die Schlagzeile: Mainlinie-Separatismus. Jedes törichte Wort in den letzen heißen Wochen im Norden oder Süden Deutschlands zu diesem traurigen Kapitel, und sei es auch am verborgensten Stammtisch, an der Kegelbahn gefallen, hat tausendfaches Echo bei unserem Nachbarn gefunden, der gerade in dieser Frage noch immer überaus feinhörig und empfänglich ist. Es ist leider nicht nötig, auf diese Tatsache hinzuweisen.

Nur die allerbesten unter den französischen Chronisten haben sich an die eigentlichen Probleme herangetraut. Aber auch sie sind, was sie offen zugeben, nicht weit gekommen. Und wo das Verstehen aussetzt, beginnt das Fabulieren. Es gibt heute keinen in Frankreich öfter zitierten Namen als den des Generals v. Schleicher. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht ein oder mehrere französische Blätter sein Bild bringen. General von Schleicher in Uniform, in Zivil, auf dem Spaziergang, vor dem Schreibtisch, verbindlich lächelnd und toternst. Dazu Titel, wie „die graue Eminenz in Uniform", „der neue Bismarck", „die Wiedererstehung des Großen Generalstabes". Am häufigsten aber und sich am bezeichnendsten für die ganze gespannte Erwartung, die man in Frankreich diesem Deutschen entgegenbringt, der Titel „Der große Unbekannte". Der große Unbekannte, das ist aber nicht nur der General von Schleicher, das ist auch für Frankreich das ganze Deutschland von morgen. Der geheimnisvolle Kult, der mit der Person des Reichswehrministers hier getrieben wird, in dem man die Verkörperung des kommenden Deutschlands zu erkennen glaubt, ist letzten Endes nichts anderes, als der Ausdruck der allgemeinen Unsicherheit, mit der Frankreich etwas atemlos den Vorgängen in Deutschland nachsieht.

Bedeutsam bleibt aber dabei, daß man keinesfalls von vornherein dieses kommende Deutschland abzulehnen entschlossen ist. Sehr oft kommt sogar eine versteckte Sympathie zum Durchbruch, die darin wurzelt, daß man es mit einem von allen Schlacken des Zweifels befreiten Deutschland, sozusagen mit einer gegebenen und klaren Tatsache zu tun haben will. Man hat es dabei vorläufig noch gar nicht eilig, ein Urteil über die „Verhandlungsfähigkeit" eines „neuen Deutschland" zu fällen. Vorläufig registriert man die Vorgänge und begnügt sich mit der Feststellung, daß Deutschland sich gegenwärtig staats- und sozialpolitisch von Grund auf häute, um schließlich das Gewand zu finden, das ihm das passendste ist.

Wenn man heute im Gespräch mit Franzosen nach den Rückwirkungen fragt, die sie von einer deutschen Umgestaltung auf das deutsch-französische Verhältnis erwarten, so wird man etwa folgendes zur Antwort bekommen: es wird ein starkes Deutschland sein, weil es ein junges Deutschland sein wird. Als solches also sicher kein bequemer Verhandlungspartner. Wenn wir aber nicht in die Vorkriegsgeschichte zurückfallen wollen, werden wir eben ihm gegenüber uns einstellen müssen. Was wir heute schon mit Sicherheit annehmen, ist, daß dieses Deutschland sofort ein festumrissenes außenpolitisches Programm an den Start bringen wird, dessen wesentlichste und schon bekannte Forderungen sich an Frankreichs Adresse richten.

Was diese Diskussion über das außenpolitische Programm betrifft, so gibt es keinen Franzosen mehr, der daran zweifelt, daß ihr endgültiges und entscheidendes Stadium bevorsteht. Gewiß, die Nervosität darüber ist hier der Stunde entsprechend groß. Man würde aber fehlgehen, wenn man annähme, daß nur bedingungslose Ablehnung auf dem französischen Gegenprogramm steht. Diese Ablehnung war hier und wird hier so lange bedingungslos sein, wie man das Gefühl hat, daß französische Konzessionen dazu dienen, das innerpolitische deutsche Tempo mit Hilfe außenpolitischer Zivilkurage anzuspornen. Die Enttäuschung in Frankreich darüber, daß die bisherigen Konzessionen — denn als solche werden ja, entgegen unserer Auffassung, Rheinlandräumung, Dawes- und Youngplan sowie das Lausanner Abkommen hier empfunden — nicht dazu beigetragen haben, die beiden Staaten einander näherzubringen, ist allgemein. Wenn jedoch, so folgert man hier weiter, eine Konstellation in Deutschland stände, deren psychologische und regierungspolitische Voraussetzungen die Gewißheit geben, daß weitere Zugeständnisse — dieses Wort immer vom französischen Standpunkt aus genommen — eine tatsächliche Beruhigung schaffen würden und nicht bloß dem deutschen Parteiehrgeiz dienen, so könnte Frankreich einige wichtige Kapitel seiner Sicherheitsthese nebenbei bemerkt, die viel zu sehr in Fleisch und Blut der Franzosen übergegangen ist, als daß man sie durch Ironie abtun könnte.

# Tages-Anzeiger

**Dienstag, den 9. August.**

**Städt. Konzerthaus:** Sommeroperette: „Das Veilchen vom Montmartre", 20—23 Uhr.

**Skala-Tonfilm-Theater:** „Lügen auf Rügen", 7 und 9 Uhr.

# Herriot-Krise

**Paris**, 8. Aug. Die Regierungskrise, die am Ende der letzten Kammertagung drohte, aber noch verhindert werden konnte, wird in einigen Wochen bei Wiederzusammentritt der Kammer, und zwar bei Beratung des Haushalts, ausbrechen. Das Kabinett **Herriot wird die Stimmen der Sozialisten verlieren, die von ihm Annahme des Hooverschen Abrüstungsplanes verlangen,** damit die „drohende" Lösung Deutschlands aus den Fesseln des Versailler Vertrages verhindert wird, und werden in finanzpolitischer Hinsicht Verstaatlichung der Eisenbahn und des Versicherungswesens fordern. Diese Forderungen werden aber von Herriot zurückgewiesen werden und **damit verliert sein Kabinett die Linksmehrheit.** Die große Frage ist, ob der Staatspräsident Lebrun dann den Sozialisten, wie sie es schon jetzt beanspruchen, die Regierungsbildung übertragen wird. Ein solches Kabinett würde in kürzester Zeit gestürzt werden und vielleicht vorher die Währung erschüttern, da Kapitalflucht ins Ausland eintreten würde. Mit oder ohne sozialistischer Zwischenstation wird die Endlösung der Krise dann ein Sammlungskabinett der Mitte, vielleicht unter Beteiligung der Sozial-Radikalen, sein, in dem auch Teile der früheren Tardieu-Parteien vertreten sein werden. Außer den Sozialisten und einem kleinen Teil der Radikalen, sind alle Parteien darüber einig, daß Frankreich angesichts der Entwicklung in Deutschland seine Abrüstung nicht weiter treiben kann. Die Rede des Staatspräsidenten Lebrun bei der Einweihung des Beinhauses in Douaumont, in der er von Frankreichs Sicherheit sprach, ist ein nicht mißzuverstehendes Zeichen.

Die Urheber des Attentats in Rennes gegen das Denkmal, das die Vereinigung der Bretagne mit Frankreich feierte, sind bisher noch nicht gefunden worden. Es steht nur fest, daß eine mit Dynamit gefüllte Bombe benutzt wurde, deren Explosion außerordentlich heftig war. **Schon seit einiger Zeit wurde in bretonischen autonomistischen Zeitschriften der Gedanke eines Anschlags dieser Art erörtert,** ohne daß man das ernst genommen hätte. Die Urheber der Tat sind wahrscheinlich in diesen Kreisen zu suchen. Der Verdacht hat sich auf einen Mann gelenkt, der jetzt aus der Stadt verschwunden ist und von dem feststeht, daß er kurz zuvor Pulver gekauft hat. Zwei andere Männer sind verdächtig.

## Die Streitschrift des Reiches gegen Preußen

T.U. **Berlin**, 8. Aug. Die vom 5. August datierte Gegenerklärung der Reichregierung gegen die Klage der bisherigen preußischen Statsregierung, sowie der preußischen Landtagsfraktion der Sozialdemokraten und des Zentrums über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen umfaßt 25 Schreibmaschinenseiten. Es ist ihr außerdem ein 52 Seiten umfassendes Anlageheft beigegeben, das u. a. eine Reihe von Reden und Artikeln führender Mitglieder der bisherigen preußischen Staatsregierung wie des Innenministers Severing, aber auch des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski als Tatsachenmaterial enthält. In der Schrift selbst wird u. a. von der „Bürgerkriegslage" gesprochen, die keinen Augenblick außer acht gelassen werden dürfe. Gegenüber der im Schrifttum geäußerten Auffassung, daß die Reichsexekution Gefahr im Verzuge voraussetze, wird bemerkt, daß eine solche Gefahr nach Lage der Sache bestanden habe. Die Reichsregierung könne nicht zugeben, daß das Erfordernis der Gefahr im Verzuge etwas anderes bedeute als eine „politische Richtschnur für die Handhabung der Exekutionsgewalt des Reichspräsidenten" (so auch Anschütz, Komm. Seite 273). Preußen sei vor allen anderen Ländern verpflichtet, Sicherheit und Ordnung nicht nur im Sinne des Polizeirechts, sondern auch in Bezug auf Artikel 48, Absatz 2 aufrecht zu erhalten. Leitende Beamte Preußens hätten diese Pflicht angesichts des drohenden Bürgerkrieges nicht erfüllt. Reichspräsident und Reichsregierung waren der Ueberzeugung, daß die kommunistische Partei von staatsfeindlicher Gesinnung beseelt, gerade in Preußen in erster Linie für die Entstehung blutiger Unruhen verantwortlich zu machen sei und daß der verantwortliche Leiter der preußischen Politik, der Ministerpräsident und der für die Polizei zuständige preußische Minister des Innern wegen ihrer einseitigen, den Nationalsozialisten weit mehr als den Kommunisten abgeneigten Einstellung nicht mehr imstande waren, dieser Lage genügend Rechnung zu tragen. Im Zusammenhang hiermit sei auch die am 12. April 1932 beschlossene Aenderung des Paragraphen 20 der Geschäftsordnung des preußischen Landtags von Bedeutung. Solche „Kunstgriffe" vergifteten das ganze öffentliche Leben. Im übrigen legt die Reichsschrift dar, daß die Feststellung, ob ein Land die Reichsexekution notwendig mache, im wesentlichen eine politische Entscheidung sei, die dem Reichspräsidenten freies Ermessen gebe.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes hat um Gegenäußerung der bisherigen preußischen Minister und der beiden Landtagsfraktionen binnen einer Woche ersucht.

30. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie haben sie gefunden?"

„Wenn Sie meinem Vorschlage gefolgt wären den ich Ihnen nach der Unterredung mit dem Portier machte, dann hätten Sie sich nicht die Nacht um die Ohren zu schlagen brauchen."

Es geschah nicht ohne leichte Ueberlegenheit, wie Fränkel von dem Zusammentreffen mit Edith Oldenroth erzählte und dem, was er von ihr erfahren.

„Wie sehr ich mit meiner Mutmaßung ins Schwarze getroffen, hörte ich dann von Volgers Wirtin, die eine Unterhaltung zwischen Volger und Mia Brennert belauschte, in der beide ein gemeinsames Telephonat mit Wemblin verabredeten. Ich nehme wenigstens an, daß Wemblin derjenige gewesen ist, der angerufen werden sollte, weil sein Name von ihnen mehrfach genannt wurde. In den nächsten Minuten schon werden wir es genau wissen. Nachdem ich gestern vergeblich die Vorführung der beiden durchzusetzen versuchte, weil auch sie wie vom Erdboden verschwunden waren, ist mir heute morgen gemeldet worden, daß sie spät nachts jeder in seine Wohnung zurückgekehrt sind. Sie werden beide hierher gebracht."

Wolter starrte antwortlos sinnend vor sich.

„Ich vermag beim besten Willen Ihren Optimismus nicht zu teilen, Fränkel," sagte er langsam. „Es spricht nach meiner Auffassung zuviel dagegen, daß die Mia Brennert den Schmuck in der Wohnung verloren hat. Ich kann mir auch nicht recht vorstellen, wie sich das ganze zugetragen haben sollte."

„Das brauche ich Ihnen jetzt nicht mehr des langen und breiten in Vermutungen vorzutragen, das können Sie aus Volgers Munde hören. Da kommt schon sein Anmelder. Na, Schulz, was bringen Sie?"

„Ich wollte nur mitteilen, Herr Kommissar, daß ich Ihrem Auftrage gemäß den Filmschauspieler Volger zur Vernehmung hergebracht habe."

„Herein mit ihm!"

„Ich bin wahrhaftig sehr gespannt, was dabei herauskommen wird," sagte Wolter.

Volger wurde von dem Kriminalassistenten hereingeführt. Er trat selbstsicher auf, aber seine feste Haltung vermochte die Kommissare nicht zu täuschen, denn in seinen Augen zuckte es leicht und seine Hände waren voller Unruhe. Das nahm besonders Wolter wahr, und nicht zu seiner Freude, denn es bestätigte doch, was Fränkel glaubte.

„Sie haben mich zu sprechen gewünscht. Um was handelt es sich?"

„Ich hätte gern über ein paar Fragen von Ihnen Aufklärung," antwortete Fränkel und stand von seinem Platz auf. „Wie ich hörte, sollen Sie mit Herrn von Wemblin in Verbindung gestanden haben."

„Das stimmt nicht, wenngleich ich ihn gekannt habe."

„Welcher Art war denn Ihre Bekanntschaft mit ihm?"

„Ich besuchte dann und wann Frau Brennert, seine Wirtschafterin und dabei ließ es sich nicht vermeiden, daß ich ihn kennen lernte, irgendwelche Beziehungen zwischen ihm und mir haben nicht bestanden."

„So! Sie sind also nur Frau Brennerts wegen in die Wemblinsche Wohnung gekommen?"

„Jawohl."

„Soll das nun heißen, daß Sie mit ihr stark befreundet waren oder was eigentlich? Ich muß Sie bitten, sich ausführlicher zu äußern."

„Ich besuchte Frau Brennert hin und wieder, um ihr ein Kinobillett zukommen zu lassen."

„Warum schenkten Sie ihr Kinokarten?"

„Um ihr eine Gefälligkeit zu erweisen."

„Dafür müssen Sie doch einen Grund gehabt haben! Welcher war das?"

Volger ließ Zeichen von Ungeduld erkennen und innere Unruhe, er schien im Zweifel zu sein, ob er rückhaltlos sprechen sollte

„Ich hielt mich dafür verpflichtet, der bescheiden lebenden Frau zu einem Vergnügen zu verhelfen, das sie sich bei ihrer Sparsamkeit nicht geleistet haben würde."

„Wieso verpflichtet? — Warum zögern Sie denn mit der Antwort? Sie haben doch nichts zu verbergen — oder doch?"

„Nein! Ich frage mich nur, worauf Sie mit all dem hinauswollen?"

„Das habe ich Ihnen doch gesagt, ich möchte wissen, was Sie mit Frau Brennert verband oder vielmehr noch verbindet."

„Darüber habe ich Ihnen doch Auskunft gegeben."

„Eben nicht! Ich möchte jetzt endlich wissen, warum Sie sich Frau Brennert gegenüber verpflichtet hielten!"

„Ich erwähnte doch, daß sie sehr sparsam . . ."

Fränkel schlug leicht mit der flachen Hand auf.

„Warum verschanzen Sie sich hinter die Sparsamkeit der Frau Brennert, wo doch ein ganz anderer Grund vorliegt! Merken Sie endlich, daß ich einigermaßen im Bilde bin? Also, nun aber offen und ehrlich!"

Volger zuckte zusammen, sein Blick irrlichterte durchs Zimmer.

„Was ich gesagt habe, ist die reine Wahrheit."

„Aber nicht die volle Begründung. Warum erwähnen Sie nicht, daß Sie mit der Tochter der Frau Brennert ein Verhältnis haben. Das ist doch die eigentliche Ursache, weshalb Sie Frau Brennert mit Kinokarten versorgten, oder gab es außer den erwähnten Anlässen noch einen anderen?"

„Ich wußte nicht, daß Sie dem Bedeutung beimessen."

„Ob dem Bedeutung zukommt, wird sich ja zeigen, jedenfalls hätten Sie damit nicht hinter dem Berge zu halten brauchen. Wann haben Sie ihr das letzte Mal Ihre Kinokarte zur Verfügung gestellt?"

„Am Mittwoch."

„Taten Sie das aus eigenem Antrieb oder auf Verlangen der Frau Brennert?"

„Natürlich aus eigenem Antrieb!"

(Fortsetzung folgt.)